

Wirtschaft

Erhebliche Risiken

Bundesrechnungshof kritisiert Milliarden-Paket für die Bahn

Berlin . Mitte Oktober war das Milliarden-Paket, das der Bund für die Bahn zum Erhalt des Schienennetzes geschnürt hat, noch als Durchbruch gefeiert worden. Jetzt kommt die Ernüchterung. Der Bundesrechnungshof hat massive Bedenken gegen die geplante Vereinbarung, der zufolge die Bahn jährlich vier Milliarden Euro bekommen soll. Steuerungswirkung und Erfolgskontrollen seien unzureichend, schreiben die Rechnungsprüfer in ihrer Stellungnahme zu einer Anhörung des Verkehrsausschusses an diesem Mittwoch. Zudem fehlten Anreize zum wirtschaftlichen Einsatz der Mittel. «Mittel- bis langfristig bestehen erhebliche Haushaltsrisiken für den Bund.» Vernichtender hätte ein Urteil kaum ausfallen können.

Dabei sollte mit der Vereinbarung doch endlich alles besser werden. Nach monatelangen, harten Verhandlungen hatten sich Bund und Bahn Mitte Oktober geeinigt, wie der Erhalt des Schienennetzes künftig finanziert werden sollte. Hintergrund ist die sogenannte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, die der Bund 2008 mit der Bahn geschlossen hatte. Seither finanziert er nicht mehr jede Maßnahme zur Reparatur einzeln. Stattdessen erhält die Bahn jährlich pauschal einen Betrag, zuletzt 2,75 Milliarden Euro. Das sollte ihr die Planbarkeit erleichtern. Wie sie das Geld genau verwendet, entscheidet sie selbst. Im Gegenzug ist sie aber verpflichtet, das Netz so zu erhalten, dass es bestimmten Qualitätskriterien entspricht. Dieser Vertrag läuft jedoch nur noch bis Ende dieses Jahres. Für die Zeit danach musste also eine neue Vereinbarung getroffen werden.

Die Bahn hatte schon seit Längerem geklagt, dass das Geld vorn und hinten nicht reiche, um Schienen, Gleise und Brücken in Schuss zu halten. In der neuen Vereinbarung ist daher vorgesehen, dass aus den 2,75 Milliarden vom kommenden Jahr an vier Milliarden Euro werden. Einen steigenden Anteil davon soll die Bahn allerdings selbst erwirtschaften: mit der Dividende, die sie jährlich an den Bund ausschüttet. Gelingt ihr das nicht, bekommt sie weniger Geld. Gleichzeitig wurden die Qualitätskriterien, die die Bahn im Netz erfüllen muss, deutlich erhöht.

All das aber genügt den Rechnungsprüfern nicht. Sie stört vor allem, dass die Bahn allein entscheiden darf, wofür sie das Geld verwendet. So könnte sie damit auch die bislang ungedeckten Mehrkosten des Vorhabens 'Stuttgart 21' finanzieren. Fürchten die Prüfer. Die Qualitätskriterien halten sie für zu lasch, um einen effektiven Einsatz der Mittel zu garantieren. Werden die Kriterien verfehlt, drohen allerdings hohe Strafzahlungen, bei Brücken beispielsweise bis zu zwei Millionen Euro pro Brücke. Daniela Kuhr

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Mittwoch, den 05. November 2014, Seite 19